

schweigt dies nicht und weist den Leser auch darauf hin. Zeitbedingt sind auch andere Defizite. So wurden die akademischen Auseinandersetzungen, aber auch politische und persönliche Animositäten und Zwiste zwischen einzelnen „Schulen“ und Lehrmeinungen, deren wichtigste Vertreter sich unter den hier vorgestellten befinden, überhaupt nicht erwähnt. Die Zensur in den Köpfen und sonstwo hat dafür gesorgt. Damit ist nicht nur eine Informationslücke entstanden, es gibt der gesamten Edition auch einen etwas statisch-musealen Charakter, und dieser widerspricht dem dynamischen Element der polnischen Gesellschaftswissenschaften, wie es von den meisten hier Gefeierten eigentlich repräsentiert wurde.

Dem Band ist zwar ein Namensverzeichnis, aber kein Verzeichnis der Arbeiten der vorgestellten Wissenschaftler beigegeben. Ihre wichtigsten Werke werden lediglich in den einzelnen Beiträgen mit dem ersten Erscheinungsjahr erwähnt. Hier hätte man sich etwas mehr vorstellen können. Da inzwischen auch neuere Biographien und andere Bearbeitungen zu vielen der Gelehrten vorliegen, wäre auch ein entsprechendes Literaturverzeichnis angebracht gewesen. Insgesamt gesehen gibt der schmale Band aber einen guten ersten Einblick, eine Orientierung über Leben und Wirken der hier Dargestellten.

Lüneburg

Rudolf A. Mark

Siegfried Baske, Milan Beneš, Rainer Riedel: Der Übergang von der marxistisch-leninistischen zu einer freiheitlich-demokratischen Bildungspolitik in Polen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn. Darstellung und Dokumentation. (Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin, Erziehungswissenschaftliche Veröff. Bd. 20.) In Kommission bei Otto Harrassowitz, Wiesbaden. Berlin 1991. 239 S., DM 74,—.

Je widerspruchsvoller und unübersichtlicher die Entwicklungen in den ehemals kommunistischen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas verlaufen, um so notwendiger ist die Analyse der Ursprünge des Umbruchs, der damals bestimmenden Leitideen und der politischen Konstellationen, allein schon deswegen, um heutigen Legendenbildungen entgegenzutreten. Der Rückgriff auf die originalen Quellen ist daher nicht nur für den Historiker von Nutzen. Das gilt auch für das Bildungswesen, einen der am stärksten von der Kommunistischen Partei dirigierte und kontrollierten gesellschaftlichen Bereiche, dessen Umgestaltung auch 1995 noch nicht als abgeschlossen gelten kann.

Die vorliegende Dokumentation über den bildungspolitischen Umbruch in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn umfaßt den Zeitraum von Mitte 1989 bis Anfang 1991, also etwa anderthalb Jahre, die entscheidende Etappe des Überganges von der „marxistisch-leninistischen“ zu einer „freiheitlich-demokratischen“ Bildungspolitik, wie es im Buchtitel heißt. Es ist eine plakative Kennzeichnung, die auch die zeitliche Nähe zu den Ereignissen spüren läßt – das Vorwort stammt vom Februar 1991. Daß sich aus dem Zusammenbruch des alten Regimes nicht rasch und geradlinig eine parlamentarische Demokratie nach westlichem Verständnis und eine marktwirtschaftliche Ordnung entwickeln würden, in deren Rahmen auch das Bildungswesen sich grundlegend ändert, war auch den Herausgebern und Autoren dieses Bandes klar, aber es überwog eine eher optimistische Einschätzung, wie bei den meisten Akteuren und Beobachtern um diese Zeit.

Auch die Sprache vieler hier abgedruckter Texte ist von der Aufbruchstimmung jener Jahre getragen. Es handelt sich um insgesamt 49 Dokumente – 19 aus Polen, 13 aus der Tschechoslowakei und 17 aus Ungarn –, und zwar bildungspolitische Verlautbarungen der Bürgerbewegungen und neuen Parteien, der von ihnen gebildeten Regierungen und der neuen Bildungsminister, um die 1990 verabschiedeten oder im Entwurf eingebrachten Schul- und Hochschulgesetze sowie um die neuen Lehrpläne bzw. Lehrplan-

änderungen in den ideologisch besonders belasteten Fächern. In den meisten Fällen werden die Texte auszugsweise wiedergegeben, aber ohne nicht vertretbare Kürzungen. Die drei Herausgeber sind seit langem mit der Materie und auch mit der jeweiligen Landessprache vertraut, was für eine Übersetzung wegen der bekannten Tücken der Fachterminologie ebenso wichtig ist: Siegfried Baske mit Polen, Milan Beneš mit der Tschechoslowakei (beide aus Berlin) und Rainer Riedel aus Dresden mit Ungarn. Die Quellen sind präzise angegeben und stammen überwiegend aus Zeitungen und Fachzeitschriften. Leider fehlt ein bibliographischer Anhang, was aber wegen der bemerkenswert schnellen Herausgabe des Buches verständlich ist.

Daß es sich trotzdem nicht um einen „Schnellschuß“ handelt, wie das bei aktuellen Dokumentationen häufig der Fall ist, zeigt auch die einleitende Darstellung (S. 13–57). Nach einer generellen Charakteristik gemeinsamer Merkmale der Bildungspolitik und der Bildungssysteme in den drei Staaten mit ihrer wechselnden Abhängigkeit von der Sowjetunion wird der Wandel seit 1989 dargestellt, wobei ein Rückgriff auf vorangegangene Ereignisse und Vorläufer (in Polen die „Solidarność“, in der Tschechoslowakei die Charta 77) ebenso erfolgt, wie im Falle Ungarns die schon Mitte der achtziger Jahre einsetzende Bildungsreform einbezogen wird. Eine vergleichende Analyse der bildungspolitischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in diesen drei Ländern oder auch unter Einschluß anderer, darunter der Sowjetunion, muß späteren Untersuchungen vorbehalten bleiben. Aber schon diese Dokumentation und die darstellenden Kapitel zeigen ein Zweifaches: die rasche Wiederbelebung der spezifischen nationalen Traditionen – z. B. auch hinsichtlich der slowakischen und tschechischen, die zur staatlichen Trennung geführt haben – und gleichzeitig die Last der kommunistischen Herrschaft, die nicht so schnell abzuschütteln war, wie es viele geglaubt hatten. Zu der Ebene der Bildungspolitik, die hier dokumentiert wird, gehört daher als sozialer Unterbau die Darstellung der kollektiven Prozesse und deren Folgen in den jeweiligen Ländern für die mühsame Neugestaltung des Bildungswesens in einer in Freiheit und Unsicherheit entlassenen Gesellschaft.

Bochum

Oskar Anweiler

Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867. V. Abteilung. Die Ministerien Erzherzog Rainer und Mensdorff. Band 7. 15. Oktober 1863–23. Mai 1864. Bearb. von Thomas Kleťečka und Klaus Koch. Mit einem Vorwort von Helmut Rumpler. (Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867.) Österreichischer Bundesverlag. Wien 1992. XLIX, 438 S., ÖS 980,00

Schon die bisher edierten und in der ZfO besprochenen Protokolle aus der Ära Erzherzog Rainer – Schmerling¹ haben gezeigt, daß, anders als in der Zeit des Neoabsolutismus, seit den Verfassungsreformen der frühen sechziger Jahre der österreichische Ministerrat ein echtes Leitungsgremium der europäischen Großmacht Habsburgermonarchie war, das in der Regel mehrmals wöchentlich zusammentrat und in dem nicht selten der Kaiser den Vorsitz innehatte. Diese Beobachtungen werden durch den neuen Band bestätigt.

Bestätigt wird freilich auch der ebenfalls aus den bisher bekanntgewordenen Niederschriften gewonnene Eindruck der Rat-, ja Hilflosigkeit, die bereits damals in Franz Josephs Reich die Führung gegenüber den Problemen an den Tag gelegt hat, die sich ihr in der Innen- und namentlich in der Außenpolitik stellten. Für die Lage der Donaumonarchie war allein schon die Tatsache bezeichnend, daß die Reichsleitung niemals imstande war, neue, auf die Zukunft hin ausgerichtete und die Staatengemeinschaft,

1) Zuletzt ZfO 42 (1993), S. 153–156.